

Massaker in der Sierra Sur von Oaxaca- oder: Chronik eines angekündigten Verbrechens

jk/ZAPAPRES, Hamburg, 08.06.02

Freitag, 31. Mai, gegen 19 Uhr: eine Gruppe von knapp 30 Bewohnern der Gemeinde von Santiago Xochiltepec gerät in der Gegend von Agua Fría in einen Hinterhalt. 26 Männer sind sofort tot, ein weiterer stirbt Tage später an seinen schweren Verletzungen. Zwei Menschen liegen auch heute noch mit Schussverletzungen im Krankenhaus.

Es war ein Hinterhalt, organisiert - so der bisherige Stand der Ermittlungen – von Bewohnern der Nachbargemeinde Teojomulca.

„Wir wollen endlich Gerechtigkeit“ – fordern die Bewohner der angegriffenen Gemeinde Santiago Xochiltepec. „Seit 1935 sind unser Dorf und seine Bewohner Opfer der Auseinandersetzungen um Land. Die Jahre 1935, 59, 71, 97 und jetzt 2002 stehen für feige Morde und Massaker an unseren Brüdern“.

Die Mörder stammen aller Wahrscheinlichkeit nach aus der Nachbargemeinde.

„Es ist – so die Aussagen einiger Angehörigen der Ermordeten – eine einflussreiche Gemeinde aus der die Angreifer und Mörder kommen, die über R 15 und Maschinengewehre verfügt. Und sie sind aggressiv. Es ist das Gesetz des Dschungels, das Recht des Stärkeren, das seit langer Zeit in dieser Region herrscht“.

Die Forderungen an die Regierungen von Oaxaca und die Bundesregierung sind die gleichen wie nach früheren Hinterhalten und Massakern:

- Aufklärung des Verbrechens
- Bestrafung der materiellen und intellektuellen Verantwortlichen und
- Entschädigung der Familien der Opfer

Die Verbitterung über die unaufgeklärten und ungesühnten Massaker der Vergangenheit und die Sorge, dass auch die aktuellen Ermittlungen im Sand verlaufen werden, stehen im Mittelpunkt vieler Interviews mit den Hinterbliebenen.

„Generationen von Regierungen waren in den vergangenen Jahrzehnten an der Macht, doch keine hatte Interesse an der Aufklärung der Morde und Verbrechen. Viel Zeit und unzählige Auseinandersetzungen sind seit 1935 vergangen und immer waren wir die Opfer. Erneut fordern wir Aufklärung und Gerechtigkeit von der Regierung“.

Ein weiterer Bewohner der Gemeinde ergänzt in einem Interview mit Journalisten der Zeitung La Jornada:

„Seit wir uns erinnern können und das schließt das Jahr 1959 mit ein, als unsere Gemeinde-Autoritäten ermordet wurden, gibt es keine Gerechtigkeit. Nichts wurde aufgeklärt. Hoffentlich untersucht die jetzige Regierung die Verbrechen und bestraft die Schuldigen“.

Bereit im März, d.h. mehr als 2 Monate vor dem Massaker hatte Martín García Ortiz, Priester der Gemeinde Santo Domingo Teojomulco, der Gemeinde, deren Bewohner das Massaker organisiert haben sollen, vor einer Zuspitzung der seit langem bestehenden Konflikte gewarnt.

Damals, im März dieses Jahres, hatten Bewohner der jetzt angegriffenen Gemeinde, eine Gruppe der Nachbargemeinde Santo Domingo Teojomulco angegriffen. Zwei Männer wurden dabei verletzt, einer getötet.

Da keine Instanz des Justiz- und Staatsapparates eingriff, um diese und frühere Angriffe und Verbrechen aufzuklären, bekam die Forderung nach Rache, nach Selbstjustiz angesichts des verletzten, weil angegriffenen Gemeindestolzes – so der Priester – ein immer größeres Gewicht.

„Jedes Mal nach einer Aggression dieser Art wird in den Gemeinden die Alltagsarbeit unterbrochen, um Waffen und Munition zu beschaffen“, erklärte Martín García Ortiz im März auf die Frage des Reporters, ob es Anzeichen für Racheaktionen gäbe. „Alle Gemeindemitglieder sind verpflichtet, Geld zu spenden für die Beschaffung der Waffen, die bei dem Rachezug eingesetzt werden sollen. Da keiner in dieser Zeit das Land bestellt und das wenige vorhandene Geld für die Bewaffnung ausgegeben wird, spitzt sich in den Folgemonaten die ohnehin prekäre wirtschaftliche Situation in den Gemeinden zu und verstärkt die seit Jahrzehnten bestehende strukturelle Gewalt“.

Die Regierung von Oaxaca hat die umfassende Aufklärung des Massakers versprochen. Um dies zu erreichen und die Grundlage für Gerechtigkeit zu schaffen, müssten neben den unmittelbaren Beteiligten zwei strukturelle Probleme Mexikos mit auf der Anklagebank sitzen:

- das Fehlen eines rechtstaatlichen Justizsystems, das Selbstjustiz zur scheinbar legitimen Verteidigung werden lässt und
- die ungelösten Landbesitzfragen, verbunden mit den oft ungenauen Gemeindegrenzen.